



Aus der Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag

## Versprochen - gehalten: ,Untersuchungsausschuss Merkel' beantragt und Organklage eingereicht

Wahlversprechen sind dafür da, eingelöst zu werden. Das sollte sich jeder deutlich hinter die Ohren schreiben. Was bei Altparteienpolitikern nur Makulatur ist, ist bei uns ernst gemeint und so haben wir nach nicht einmal einem Jahr im Parlament bereits zwei wichtige Meilensteine erreicht: Mit nur wenigen Tagen Abstand haben wir das Organstreitverfahren gegen die Merkel-Regierung ins Rollen gebracht und den ,Untersuchungsausschuss Merkel' beantragt.



Fast drei Jahre, nachdem die Grenzöffnung und die damit einhergehende Überflutung Deutschlands mit illegalen Migranten eine bis heute andauernde Krise eingeleitet hat, wollen wir wissen: Was ging damals wirklich vor sich? Wer traf die Entscheidungen und gab es hinter der Grenzöffnung eine Strategie? Bei all' diesen Themen, die so viele von uns Tag für Tag umtreiben, wollen wir endlich Licht ins Dunkel bringen und - auch wenn wir nichts rückgängig machen können- genau wissen, wer für ermordete Mädchen, Messertote, Terroranschläge, Sexualdelikte und aus allen Nähten platzende Sozialausgaben wirklich verantwortlich ist.

Das von uns angeschobene Organstreitverfahren zielt darauf ab, deutlich zu machen, dass eine Regierung eine so weitreichende Entscheidung wie die Grenzöffnung 2015, deren Folgen bis heute gravierend wirken, nicht ohne die Beteiligung des Parlaments treffen kann. Was passiert, wenn unsere Klage erfolgreich ist? Dann ist Merkel vermutlich noch immer nicht „im Knast“, wie viele es sich wünschen, aber zumindest politisch wäre sie dann am Boden. Wie ich es schon auf der Pressekonferenz zu diesem Thema sagte: eine solche Entscheidung würde die Welt verändern. Hoffen wir also gemeinsam auf umfassende Aufklärung und weitreichende Folgen für jene, die die Verantwortung tragen.



In diesem Sinne wünsche ich eine erholsame Sommerzeit. Tanken wir alle viel Kraft für die ausstehenden Herausforderungen.

Ihr/Euer Stephan Brandner

# KLARTEXT

aus dem

## Bundestag

Stephan Brandner

INHALT DIESER AUSGABE UNTER ANDEREM

### Kampf gegen die AfD mit Steuergeldern?

Nutzt die Regierung Steuermittel, um gegen die Opposition zu hetzen?

*mehr auf Seite 2*



### Gegen leere Reihen:

#### AfD will Anwesenheit im Plenum erhöhen

Ausschüsse und Plenarsitzungen sollen nicht gleichzeitig stattfinden dürfen.

*mehr auf Seite 2*



### Politisch motivierte Gewalttaten von links riesiges Problem –

#### Regierung auf dem linken Auge blind!

Schon seit 2005 gibt es mehr linksextreme Gewalttaten als rechtsextreme – doch die Regierung regiert nicht darauf.

*mehr auf Seite 7*



## Kampf gegen die AfD mit Steuergeldern?

Mit Hilfe einer kleinen Anfrage hat Stephan Brandner aufgedeckt, dass die Bundesregierung in den Jahren 2013 bis 2017 mehr als 380.000 Euro für Veranstaltungen, Projekte und Publikationen ausgegeben hat, die zumindest unter anderem die AfD zum Thema haben. Deutlich seltener wurden Mittel ausgereicht, die alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien thematisieren. So belaufen sich die in den vergangenen Jahren ausgegebenen Haushaltsmittel für Veranstaltungen, Projekte und Publikationen hier auf nur knapp 23.000 Euro.

Brandner sieht hier die staatliche Neutralitäts-

pflicht verletzt, wengleich die Bundesregierung dies innerhalb der Beantwortung der Anfrage abstreitet: „Es ist vollkommen klar, dass hier mit Hilfe von Steuergeldern Politik gegen eine unlieb-same Partei gemacht wird, die den politischen Einheitskurs in Deutschland als einzige nicht mitträgt. Eine solche Praxis muss man als



demokratiefeindlich bewerten. Auch die Mittelempfänger sind die üblichen Verdächtigen: Da sind beispielsweise die von einer ehemaligen 'Stasispitzelin' geführte Amadeu-Antonio-Stiftung oder auch das DGB-Bildungswerk. Für diese beiden Profiteure des staatlichen Geldsegens gehört der Kampf gegen die AfD zu ihrer politischen DNS."

### WEITERE INFORMATIONEN

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/020/1902039.pdf>

## Gegen leere Reihen: AfD will Anwesenheit im Plenum erhöhen



Mit einem Antrag zur Geschäftsordnung des deutschen Bundestages hat die AfD-Fraktion unter der Federführung Stephan Brandners beantragt, dass Ausschüsse nicht mehr zeitgleich zu Plenarsitzungen stattfinden sollen. Dies solle gewährleisten, dass es allen Abgeordneten zu jeder Zeit möglich ist, an den Plenarsitzungen teilzunehmen: „Immer wieder kommen Bürger auf uns zu und kritisieren, dass links nur wenige Abgeordnete im Plenarsaal zu sehen seien. Unser Antrag hätte es ermöglicht, dass die Abgeordneten aller

Fraktionen den wichtigen Debatten jederzeit beiwohnen können. Aber scheinbar war das von den Altparteien nie gewollt, denn unser Antrag wurde aus allen Richtungen kritisiert.“

### WEITERE INFORMATIONEN

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/018/1901843.pdf>

## Anzahl von Bundesgesetzen und -verordnungen seit 2008 fast unverändert: Regelungswut Einhalt gebieten!

Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage Brandners ergab, hat sich seit dem Jahr 2008 die Anzahl geltender Bundesgesetze und -verordnungen kaum verändert. So gab es im Jahr 2008 zum Jahresanfang 1.702 geltende Gesetze, 2018 waren es 1.699. Die Anzahl der geltenden Bundesverordnungen hat sich sogar von 2.633 auf 2.707 erhöht. Doch damit nicht genug: Neben diesen Vorschriften gilt es auch, EU-Normen einzuhalten und Landesgesetze zu befolgen. Schon im Jahr 2005 wurde die Zahl aller Einzelvorschriften, die einen Deutschen binden, auf damals rund 150.000 geschätzt.

Brandner macht deutlich, dass ein Abbau vieler Regelungen zwingend erforderlich sei. „Insbesondere der Mittelstand schwitzt unter den vielfältigen Regelungen, an die es sich zu halten gilt. Als AfD-Fraktion arbeiten wir an der Abschaffung vieler unsinniger Gesetze. Als erstes zu nennen ist dabei das unsägliche Netzwerkdurchsetzungsgesetz, dessen Beseitigung wir bereits beantragt haben. Viele andere werden folgen!“

### WEITERE INFORMATIONEN

[www.brandner-im-bundestag.de/fileadmin/user\\_upload/SF467.pdf](http://www.brandner-im-bundestag.de/fileadmin/user_upload/SF467.pdf)



# BRANDNER UNTERWEGS...



1. Bürgerdialog in Jena
2. Bürgerdialog in Erfurt
3. Kinderkanal Erfurt
4. Jugendstrafanstalt Arnstadt
5. Bürgerdialog in Herten
6. Bürgerdialog in Arnstadt
7. Bürgerdialog in Camburg
8. Deutsches Patent- und Markenamt in Jena
9. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße (Erfurt)
10. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Erfurt
11. Gründerservice der Universität Jena
12. Hauptzollamt Erfurt
13. Thüringer Volkshochschulverband
14. Deutsches Patent- und Markenamt in Jena



## Sofort kraftvoll gegen Messerkriminalität vorgehen!

Der Bundestag debattierte im Juni den Antrag der AfD-Fraktion zur „Erfassung von Straftaten unter Zuhilfenahme des Tatmittels Messer in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Anlass ist die Häufung der medialen Berichterstattung über teils tödliche Messerattentate in den vergangenen Monaten. Dennoch werden Messerattentate nicht

gesondert in der polizeilichen Statistik erfasst. Dies erschwert zum einen präventive Maßnahmen und in einem weiteren Schritt auch die Verschärfung des Strafrechts. Eine deutschlandweit einheitliche Erfassung von Messerangriffen ist daher nach Ansicht der AfD-Fraktion unumgänglich.

Brandner, der federführend

an dem Antrag beteiligt war, beurteilt dies wie folgt: „Die Einzellösungen, wie es sie bereits in einigen Bundesländern gibt, ermöglichen es uns nicht, bundesweite Schlüsse zu ziehen und auch entsprechend präventive und repressive Maßnahmen zu ergreifen. Alle im Parlament vertretenen Fraktionen sollten sich darüber einig sein, dass es an der Zeit ist, sofort und kraftvoll gegen die Messerkriminalität vorzugehen.“



**Brandners Bundestagsrede**  
<https://youtu.be/z-fQJ4YXboM>

### WEITERE INFORMATIONEN

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/027/1902731.pdf>

## 70. Geburtstag der leider viel zu früh von uns gegangenen D-Mark

### – Wehmütiger Jahrestag! –

Am 20. Juni wäre die D-Mark 70 Jahre alt geworden – wäre sie nicht im Jahr 2002

durch vorsätzliches Verschulden der Altparteien von uns gegangen und vom Euro verdrängt worden.



„Die Kunstwährung 'Euro' hat den Menschen in Deutschland und Europa nichts Gutes gebracht. Die europäische Einigung hat die gemeinsame Währung nicht vorangetrieben, sondern viel mehr Mauern gebaut und Missgunst geschürt. Schnell war der Euro zum ‚Teuro‘ geworden. Er hat dafür gesorgt, dass die Geldbörsen vieler Menschen leerer sind als zuvor. Die unverantwortliche Nullzinspolitik enteignet Sparer und verantwortlich im Umgang mit Geld Handelnde jeden Tag. Das trifft vor allem uns Deutsche“,

kommentiert Stephan Brandner. Es sei daher nicht verwunderlich, dass viele Deutsche wehmütig an die D-Mark zurückdächten: „Nahezu alle in der AfD und überhaupt sehr viele Deutsche, wie auch ich, wollen zur D-Mark und einer Währung, die maßgeblich unter dem Einfluss von uns Deutschen steht, zurückkehren. Es muss unser Ziel sein, wieder eine stabile Währung in Deutschland zu haben, die nicht von Krisen geschüttelt wird und von Eurokraten fremdgesteuert ist.“

## Probleme des Verkehrsgewerbes müssen endlich gelöst werden

Im Gespräch mit dem „Landesverband Thüringen des Verkehrsgewerbes (LTV) e.V.“ erfuhr Brandner, dass neben ausufernden Statistik- und Aufzeichnungspflichten vor allem die osteuropäische Konkurrenz die Fuhrbetriebe vor große Herausforderungen stelle, da bei deren Fahrern die Einhaltung des Mindestlohns und der Arbeitszeiten keine Rolle spiele, zumindest aber nicht ausreichend kontrolliert werde.

Daher könnten Unternehmen beispielsweise aus Polen deutlich niedrigere Preise anbieten als deutsche. Brandner sieht hier die Politik in der Pflicht:

„Es kann nicht sein, dass sich Deutschland eigene Wettbewerbsnachteile auf dem Markt schafft. Während deutsche Fahrer auch auf die Einhaltung von Arbeitszeitgesetz und Mindestlohngesetz kontrolliert

werden, haben die ausländischen freie Fahrt.“ Seitens des Verbandes wurde auch die Behandlung der Fuhrunternehmen im Vergleich zu sonstigen Unternehmen im Bereich der Rundfunkbeiträge kritisiert. Jedes Fahrzeug gelte als eigene Betriebsstätte mit Gebührenpflicht. Brandners Lösungsvorschlag:

Die sogenannte GEZ abschaffen! „Die Sorgen der Branche sind ernst und berechtigt. Wir müssen die Probleme lösen, ansonsten werden immer mehr einheimische Transportunternehmer und mit ihnen viele Arbeitsplätze vom Markt verschwinden. Wenn die Bürokratie überhandnimmt und die Fachkräfte fehlen, droht, dass sich immer mehr deutsche Unternehmer aus der Branche zurückziehen. Wir von der AfD werden selbst und durch Druck auf die Altparteien unsere Unternehmer unterstützen“, so Brandner abschließend.



### „Über 7 Millionen Euro für leerstehende Flüchtlingscontainer sind ein Frevel am steuerzahlenden Bürger!“

Der Bund der Steuerzahler kritisiert in seinem aktuellen Wirtschaftsmagazin die in Erfurt errichteten ungenutzten Containerdörfer (etwa im Gebreite und am Bundesarbeitsgericht) für Flüchtlinge, die die Steuerzahler 7,35 Millionen Euro kosten und keinerlei Nutzen hätten. Diese Container sind komplett als Wohnungen eingerichtet und werden sogar regelmäßig geputzt und überwacht. Obwohl eine alternative Nutzung gesetzlich längst möglich ist, bleiben diese Unterkünfte in Erfurt leer stehen.



Die Stadtverwaltung meint dazu, die Container seien eine Reserve, falls der Flüchtlingsstrom wieder zunehme. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, in dessen Wahlkreis Erfurt liegt, kritisiert das Vorgehen der Stadt massiv: „Es kann nicht sein, dass so mit Steuergeldern umgegangen wird. Man hat das Gefühl, die Stadt wüsche sich, dass wieder mehr ‚Flüchtlinge‘ nach Thüringen kämen. In Erfurt fehlt das Geld an allen Ecken und Enden, aber um leerstehende Container zu unterhalten, ist genug da. Das ist ein Frevel am Steuerzahler, eine Beleidigung jedes Bürgers.“

### „Vorgänge um Geraer „Akzeptanz!“-Verein nicht überraschend!“

Wer das „Neue Gera“ gelesen hat, der erfuhr, dass der in Gera allseits bekannte und berühmte Verein „Akzeptanz!“ auf Tauchstation gegangen sei und als einziges Zeugnis seiner Existenz einen nicht zugelassenen VW-Transporter im öffentlichen Verkehrsraum hinterlassen habe. Stephan Brandner zeigt sich wenig verwundert über die aktuellen Zustände, hatte er doch schon in seiner Zeit als Landtagsabgeordneter dem Verein um seine ehemalige Frontfrau Claudia Poser-Ben Kahla sehr kritisch auf die Finger geschaut.

„8.990,- Euro Steuergeld- Stand 2016- verrotten in der Beethovenstraße und werden womöglich

## Schlagzeilen aus Thüringen

demnächst auch noch mit Steuermitteln aus dem Wege geräumt. Dabei ist das Auto nur die Spitze des Eisberges, belief sich doch die Gesamtsumme der Gelder, die allein der Freistaat Thüringen in den Jahren 2015 und 2016 dem Verein und dessen Führung für unsinnigste Gutmenschenprojekte in den Rachen geworfen hat, auf knapp 100.000,- Euro. Was ist aus dem all dem Geld geworden? Hat die Verdienstordensträgerin der Bundesrepublik, die Thüringerin des Monats, Frau Poser-Ben Kahla, alles ordentlich abgerechnet? Brandner versprach, gemeinsam mit AfD-Landespolitikern den Verein und seine Protagonisten auch von Berlin aus weiterhin im Blick zu behalten.

### „Sorgen der Bürger bezüglich neuer Stromtrasse in Kerspeleben sind berechtigt!“

In einer Ortsteilratsitzung des Erfurter Ortsteils Kerspeleben wurde das Planfeststellungsverfahren für den 110 KV-Stromleitungsneubau in der Region vorgestellt. Die neuen Strommasten werden deutlich größere Ausmaße annehmen, als die bisherigen, was auch mit einer zusätzlichen Belastung der Bürger des Ortes einhergeht. Brandner, zu dessen Wahlkreis Erfurt gehört, äußert sich skeptisch zu den Plänen: „Der Ausbau der Stromtrasse kann für die Bürger des Ortes zur Strapaze werden. Neben den massiven Verkehrseinschränkungen, unter denen Kerspeleben derzeit zu leiden hat, ist dies ein weiterer Faktor, der die Lebensqualität im Ort einschränkt, und eine weitere Folge der unsinnigen Energiepolitik in Deutschland. Auf der anderen Seite werden Projekte, wie der marode Sportplatz, durch den auch der Schulsport beeinträchtigt wird, auf die lange

Bank geschoben. Das kann aus meiner Sicht nicht sein. Ich fordere Bausewein zum Handeln auf!“

### „Erschreckende Zunahme von Straftaten an Thüringer Bahnhöfen!“

Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage Brandners zeigt, hat die Anzahl von Straftaten, die an Thüringer Bahnhöfen erfasst wurden, in den letzten Jahren dramatisch zugenommen.

Neben dieser Entwicklung zeigen die Zahlen auch, dass die Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen massiv gestiegen und offenbar verantwortlich für den starken Anstieg der Kriminalität an vielen Thüringer Bahnhöfen ist. Besonders deutlich wird dies in Eisenach, wo im Jahr 2017 100% - also alle - der ermittelten Tatverdächtigen Nichtdeutsche waren.

Brandner, der federführend bei dieser Anfrage war, macht deutlich, dass es sich augenscheinlich um importierte Kriminalität handelt, die im Zuge der Flüchtlingskrise dramatisch angestiegen ist: „Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es sich entgegen der Verkündungen der Merkelregierung und ihrer Vasallen nur in den allerwenigsten Fällen um Fachkräfte gehandelt hat, die nach Deutschland gekommen sind. Weitaus häufiger sind es illegal eingewanderte Kriminelle, die unsere Städte unsicherer machen. Bahnhöfe dürfen nicht zu Orten der Kriminalität verkommen. Politiker wie Bodo Ramelow, der einst freudig klatschend am Bahnhof stand, um Flüchtlinge zu begrüßen, sind jetzt gefordert, eben diese Bahnhöfe wieder zu sicheren Orten zu machen.“



## Im Gespräch mit Tino Chrupalla\*: Handwerk ist sexy

**In Ihrer Wahlkreiszeitung singen Sie ein Loblied auf das deutsche Handwerkswesen, das weltweit einmalig sei und nicht zerstört werden dürfe. Was ist denn am deutschen Handwerk so besonders?**

*Tino Chrupalla:*

Das deutsche Handwerkswesen ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft und Ausdruck unseres kulturell tief verankerten Qualitätsbewusstseins. Dazu gehört eine bestimmte Haltung zur Arbeit, zum Beispiel die typisch deutsche Gewissenhaftigkeit, die auch viel mit Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftsgefühl zu tun hat. Studien des deutschen Handwerksinstituts haben gezeigt, dass viele Migranten, die jetzt bei uns eine Handwerkslehre machen, den Wert ihrer Ausbildung gar nicht verstehen. Die Abbruchquoten unter Migranten sind sehr hoch, was vielleicht auch damit zu tun hat, dass sie aus Kulturen kommen, die keinen Gesellen- und Meisterabschluss kennen. Dementsprechend genießen Handwerker auch keine besondere Achtung in diesen Ländern. Das ist in Deutschland anders, der Wert des Könnens eines Handwerkers wurde bei uns von allen Gesellschaftsschichten erkannt. Natürlich haben auch andere europäische Länder Bedeutendes geleistet auf dem Gebiet des Handwerks – man denke an die italienischen Baumeister, Stuckateure oder Weber, die einen überragenden Sinn für Ästhetik an den Tag legen. Die zuverlässige, hohe Qualität deutscher Produkte hat es aber nicht umsonst zu Weltruhm gebracht, und ich behaupte, dass unsere Handwerkstradition einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet hat. Sie läuft heute allerdings in Gefahr, diese Eigenschaften zu verlieren – dank Brüssel und der Politik der Bundesregierung.

**Bei Ihrer letzten Rede bei einer Kundgebung in Görlitz auf dem Marienplatz am 10.3.2018 sagten Sie den Satz „Handwerk ist sexy“. Wie meinen Sie das?**

*Tino Chrupalla:*

Viele Betriebe wollen Azubis ausbilden, finden aber keine Interessenten. Das liegt auch daran, dass andere Berufszweige in der Öffentlichkeit attraktiver dargestellt werden als sie es eigentlich sind. In der handwerklichen Tätigkeit sind Körper und Geist gefragt. Viele Handwerksberufe erfordern neben Körperkraft und Geschicklichkeit auch ein hohes Maß an Konzentration. Wissen über die physikalischen Eigenschaften von Materialien sind häufig essentiell. Auch sehr wichtig ist die effiziente Kommunikation im Team.

Im Zuge der Hyperakademisierung und Digitalisierung wird der Wert der handwerklichen

Tätigkeit der heutigen Jugend leider nicht mehr vermittelt: für sie sind Handwerksberufe weniger wert als akademische Berufe. Dabei ist es ja gerade das Besondere an der dualen Ausbildung in Deutschland, dass man eine höhere Bildung anschließen kann, wenn man möchte. Ich sehe es deshalb als meine Aufgabe und als Aufgabe der AfD, an die wichtige kulturelle und ökonomische Bedeutung der deutschen Handwerkstradition zu erinnern.

Ich zitiere gerne den Ausspruch des Meistersängers Hans Sachs aus dem 15. Jahrhundert: „Ehre deutsches Volk und hüte getreulich Deinen Handwerksstand. Als das deutsche Handwerk blühte, blühte auch das deutsche Land“. Und was ist schöner und belebender als mit den eigenen Händen etwas zu schaffen, kreativ zu sein, und zu sehen wie etwas entsteht, das die Welt wirklich braucht?



*\*stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bundestag*

## Bundespolizei griff 517.825 illegal eingereiste Personen auf – Verbleib unklar!

Allein durch die Bundespolizei wurden seit dem Jahr 2015 517.825 illegal eingereiste Personen aufgegriffen. Dies ergab eine kleine Anfrage unter der Federführung Brandners. Allein im beschaulichen Thüringen wurden 2.364 sich illegal in Deutschland aufhaltende Personen aufgegriffen. Brandner, der auch Vorsitzender der Landesgruppe Thüringen ist, ist vor allem verwundert

darüber, dass die Bundesregierung keine Erkenntnisse zu dem Verbleib der Illegalen vorweisen kann: „Meine Nachfrage, ob diese Personen einen Aufenthaltstitel erhalten haben, konnte die Bundesregierung mal wieder nicht beantworten.“

Diese Bundesregierung hat völlig versagt: sie weiß nicht, wer kommt, was aus ihm wird und ob

er wieder geht. Deutschland ist anscheinend nicht mehr als eine Bananenrepublik.“

### WEITERE INFORMATIONEN

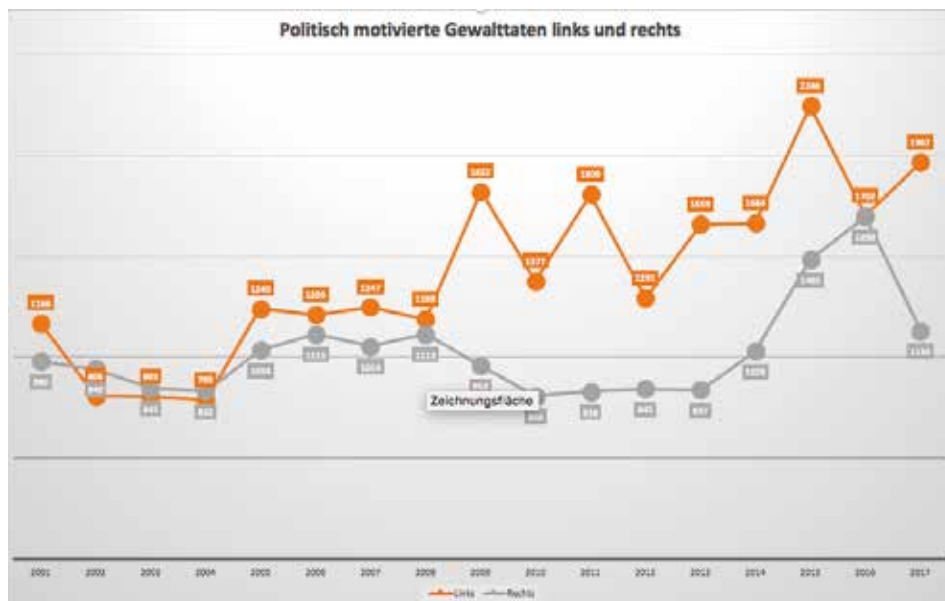
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/020/1902043.pdf>

## Politisch motivierte Gewalttaten riesiges Problem – Regierung auf dem linken Auge blind!

Wie eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion, die Stephan Brandner erstellt hat ergab, ist die Anzahl politisch-motivierter Gewalttaten von links seit dem Jahr 2005 höher als jene von rechts. Nachdem im Jahr 2016 Anzahl der Delikte aus

beiden politischen Richtungen fast gleich hoch war, ging die Schere im vergangenen Jahr 2017 weit auf: so verzeichnet die Statistik 1.967 linksmotivierte und 1.130 rechtsmotivierte Gewaltdelikte. Besonders häufig werden dabei

Körperverletzungen (661), Landfriedensbruch (831) und Widerstandsdelikte (202) gezählt. Stephan Brandner kritisiert das Regierungshandeln, angesichts vorliegender Zahlen hart: „Die Bundesregierung tut, als würde links-extremistische Gewalt gar nicht existieren.



Wenn man sich die Zahlen ansieht, ist es vollkommen unverständlich, weshalb im Kampf gegen links gerade einmal 1% der Mittel ausgegeben wird, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus ausgegeben werden. Diese Regierung ist eindeutig auf dem linken Auge blind. Sie verharmlost und glorifiziert linken Extremismus und fördert und unterstützt linke Gewalttäter, wo sie nur kann. Die vorliegende Statistik ist nichts anderes als das Zeugnis einer völlig fehlgeleiteten Politik.“

### WEITERE INFORMATIONEN

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/024/1902456.pdf>

## Ausländischen Pflegekräften keine Steine in den Weg legen

Die Anzahl der ausländischen Pflegekräfte, die in Deutschland eingesetzt werden, hat sich in den vergangenen vier Jahren fast verdoppelt. So waren im Jahr 2017 in Deutschland 128.000 Pfleger aus dem Ausland sozialversicherungspflichtig in der deutschen Kranken- und Altenpflege angestellt. Hinzu kamen knapp 6.000 geringfügig Beschäftigte. Im Jahr 2013 wurden noch 74.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 5.300 geringfügig Beschäftigte gezählt. Allein innerhalb eines Jahres, von 2016 auf 2017, stieg die Zahl der ausländischen Pflegekräfte um 18.000 Personen an.

Diese Zahlen gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor, die Stephan Brandner erstellt hat. Die meisten der ausländischen Pflegekräfte (66.000) stammen aus der EU, nur 3.500 der Pfleger hingegen kommen aus Asylherkunftsländern. „Hier zeigt sich wieder einmal, die „Flüchtlinge“ werden unsere Probleme im Fachkräftebereich sicher nicht lösen“, so Brandner.

Als besonders befremdlich bewertet es Brandner, dass die bürokratische Hürden für ausländische Fachkräfte so hoch sind, dass viele daran scheitern:

„Uns ist ein Unternehmen in Thüringen bekannt, dass seit Jahren dafür kämpft, ausländische Pfleger nach Deutschland zu holen und dabei an bürokratischen Barrieren scheitert. Das kann und darf nicht sein!“ Brandner macht aber auch deutlich, dass man nicht nur auf ausländisches Personal setzen dürfe: „Einen Fachkräftemangel in den

Herkunftsländern zu riskieren und damit Fluchtsachen zu schaffen, wäre fatal! Daher muss man vor allem attraktive Arbeitsbedingungen in den Pflegeeinrichtungen herstellen und eine vernünftige Bezahlung zur Verfügung stellen.“

### WEITERE INFORMATIONEN

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/024/1902455.pdf>



# Der K(r)ampf gegen Rechts



Quelle: Flyer der Initiative

**Heute: Rasenrollen gegen Rassismus**  
Haben Sie sich auch schon gefragt, was man gegen Rassismus tun kann? Wir haben die Lösung in einer Geraer Schule gefunden.

Dort setzt man auf Rasenrollen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der „wichtigen Initiative“ und finden, dass die Steuermittel in Rollrasenhervorragend angelegt sind.

### WEITERE INFORMATIONEN

[http://www.schueler-helfen-leben.de/de/home/sozialer\\_tag/was\\_ist\\_der\\_soziale\\_tag/der\\_soziale\\_tag.html](http://www.schueler-helfen-leben.de/de/home/sozialer_tag/was_ist_der_soziale_tag/der_soziale_tag.html)

- |   |   |   |   |   |   |   |   |   |    |    |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|

### Auflösung vom letzten Rätsel:

Die richtige Antwort wäre gewesen: NULL  
(Im Thüringer Landtag waren es ein paar mehr.)  
Leider keine richtigen Einsendungen

# Gewinnspiel

- Wie viele Ordnungsrufe hat Stephan Brandner bis 1. Juni 2018 im Bundestag erhalten?
- Welche Art von Verfahren beim Bundesverfassungsgericht strebt die AfD-Fraktion bezüglich der Migrationskrise an?
- Was sollte laut Ansicht der AfD nicht parallel zu Plenarsitzungen stattfinden?
- Wie lautet der Nachname des Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten, den Brandner im Mai traf?
- Wer leidet besonders unter der Bürokratie in Deutschland?
- Welche Stasispitzelin leitet die Amadeu-Antonio-Stiftung (Nachname)?
- Welcher Politiker (Nachname) ist maßgeblich verantwortlich für das Netzwerkdurchsetzungsgesetz?
- Bürokratische Regelungen welchen Gesetzes belasten Fuhrunternehmen neben dem Mindestlohngesetz besonders?
- Was möchte die AfD einsetzen, um die Flüchtlingskrise aufzuklären?
- Brandner ist Vorsitzender des Ausschusses für Recht und ...
- In welchem Ort befindet sich Brandners erstes Wahlkreisbüro?
- Wo befindet sich eines der leerstehenden Flüchtlingscontainerdörfer?
- Wo betrug der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an Bahnhöfen 100%?
- Wofür sollte die Stadt Gera Vorkehrungen treffen?
- Welche Kanzlerin "muss weg"?
- Welche Ministerin sitzt gelegentlich neben Brandner im Rechtsausschuss (Nachname)?

Gewinnen Sie ein Abendessen für zwei Personen gemeinsam mit Stephan Brandner im Restaurant

Ihrer Wahl. Schicken Sie das Lösungswort und ihr Wunschrestaurant per Post an: Wahlkreisbüro Stephan Brandner, Rudolf-Diener-Straße 21, 07545 Gera oder per E-Mail an [kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de).

Mit der Teilnahme am Gewinnspiel erklären Sie sich mit der Nutzung Ihrer Daten einverstanden. Der Gewinner wird unter allen Einsendungen, die die richtige Lösung, das Wunschrestaurant und die postalische Adresse enthalten ausgelost und umgehend benachrichtigt.

### Kontakt:

Wahlkreisbüro Gera  
Rudolf-Diener-Straße 21 - 07454 Gera  
Tel.: 0365 - 20 42 41 30 Fax: 0365 - 22 69 12 50

### Wahlkreisbüro Erfurt

Iderhoffstraße 37 - 99085 Erfurt  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)

### Brandner im Netz:

[www.brandner-im-bundestag.de](http://www.brandner-im-bundestag.de)

[www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)

[www.twitter.com/stbrandner](https://www.twitter.com/stbrandner)

Jetzt auch bei Youtube: Stephan Brandner, MdB  
[youtube.com/channel/UCKK6WkPbd091whuKTT1BPPA](https://youtube.com/channel/UCKK6WkPbd091whuKTT1BPPA)

### Impressum:

Herausgeber: Stephan Brandner  
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin  
[kontakt@brandner-im-bundestag.de](mailto:kontakt@brandner-im-bundestag.de)  
V.i.S.d.P. Stephan Brandner  
Chefredaktion: Dr. Alexandra Kloß  
Satz & Druck: Philipp Schmidt  
Bildnachweis: pixabay